

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptkolonistens zu Bauhen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Verkaufsweg: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 2.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 2.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 7.— mit Zustellungsgebühr.
Alle Postanstalten, Postboten, sowie Abholungsstellen und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jeden Freitag Bestellungen entgegen.

Veränderung: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeldet.
Veränderung: Amt Bischofswerda Amts Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger Uebersicht welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Ersatzleistung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Grundzeile (Zm. W. 14) oder deren Raum 3.50 Mk. Briefliche Anzeigen 2.— Mk. Im Tages- (Zm. W. 14) 10.— Mk. die gewöhnliche Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gewöhnliche Zeile 7.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Wochen nicht keine Gebühr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 156.

Freitag, den 7. Juli 1922.

76. Jahrgang.

Blutige Straßenkämpfe in Zwickau.

Das Rathaus gestürmt, die Polizeihauptwache entwaffnet, der gesamte Rat als Geiseln festgesetzt.

Am Mittwoch an die Demonstrationen am Dienstag kam es in Zwickau zu blutigen Unruhen, die auch die Nacht durch andauerten. Die Stadt befindet sich auch heute noch in den Händen der Aufständigen. Aus diesem Grunde trafen die Behörden über die Vorfälle in Zwickau erst gestern nachmittags ein. Wollte Sächsischer Landesdienst meldet:
Zwickau, 5. Juli. Im Anschluß an die Demonstrationen haben sich gestern abend in der inneren Stadt und später bis in die Nachstunden hinein vor der Kaserne der Sipo schwere Straßenkämpfe entwickelt, die leider eine größere Anzahl Opfer gefordert haben. Die Demonstranten, welche das Rathaus gestürmt hatten, um die darin untergebrachte Polizeihauptwache zu entwaffnen, ziffte sich der darin befindlichen Waffen bemächtigt. Darauf wurde die Sipo eingeseht, um den Marschplatz zu klären. Dabei trafen die ersten Schüsse. Ein Arbeiter wurde durch einen Bauhieb getötet. Die Arbeiter gaben gleichfalls Feuer und verwundeten eine Anzahl Polizeikräfte, zum Teil schwer. In den späteren Stunden zog die Menge vor die Kaserne, in die sich die Sipo zurückgezogen hatte. Sie besetzte die Kaserne und forderte die Sipo zur Herausgabe der Waffen auf. Dies wurde verweigert, und es entspann sich eine neue Schießerei, wobei die Demonstranten sehr schwere Verluste erlitten und auch die Sipo Mannschaften wiederum Verwundete hatten. Im Stadtkrankenhaus sind 18 Verwundete eingeliefert worden, darunter 10 Arbeiter und 8 Sipoleute. Einige Verwundete befinden sich auch im Krankenhaus und im Lazarett. Von der Polizei ist einer der Nacht gestorben, so daß im Ganzen 2 Tote zu beklagen sind.

Die hiesigen Zeitungen können nicht erscheinen, weil überall Generalstreik proklamiert ist. Der Aktionsausschuß hat den Gesamt Rat als Geiseln festgenommen, um dadurch von der Regierung die Zurückziehung der Sipo zu erzwingen.

Zwickau, 5. Juli. Hier sind anlässlich der gestrigen Unruhen sämtliche Schulen, sowie das Rathaus geschlossen. Die Beamten weigern sich, den Dienst zu versehen, und war aus dem Grunde, weil ein genügender Schutz nicht gewährleistet werden kann.

Nach weiteren Meldungen herrscht in Zwickau Anarchie, das Bürgeramt ist besetzt. Augenblickliche Spontankomitees durchziehen die Straßen der Stadt, dringen in die Häuser ein und suchen nach Waffen. Diese dunklen Elemente sind außer Rand und Band, ohne jede Organisation, halten die des Weges kommenden Autos an und fahren sofort, wohin man sie nicht sieht. Sie sind eben requiriert. Im Laufe des Nachmittags wurde eine Anzahl Geiseln festgesetzt. Die Kaserne wird nach wie vor belagert, und man will die Sipo Mannschaften mit aller Gewalt herausziehen. Die Ereignisse gegen die Grüne Polizei ist sehr groß.

Eine amtliche Erklärung zu dem Aufruhr in Zwickau.

Über den Aufruhr in Zwickau gibt die löchl. Regierung durch die Staatskanzlei folgende amtliche, die Behörden sehr abschöpfende Erklärung:

Die Demonstration zum Schutz der Republik am Dienstag verlief auch in Zwickau ruhig. Nach ihrer Beendigung haben einzelne Trupps von Zivilpersonen den Versuch gemacht, das Haus des Vorstehenden der Deutschen nationalen Volkspartei, Route, anzugreifen. Hieran unabhängig stürmte eine andere Gruppe die II. und V. Polizeiwache und gelangte dadurch in den Besitz von Waffen. Auf Anforderung wurden 20 Beamte der Landespolizei in die Stadt zur Hilfe geschickt. Auf dem Marsch dahin trafen ihnen in der Schmeidner Straße etwa 200 Personen entgegen und richteten einen ungewöhnlich heftigen Angriff gegen die Polizeibeamten. In kurzer Zeit war die Polizeiwache umstellt. Bei diesem Zusammenstoß fielen die ersten Schüsse. Den Beamten gelang es, sich wieder nach der Kaserne zurückzuziehen. Am Abend und in der Nacht kam es zu mehreren Angriffen gegen die Kaserne der Landespolizei und noch voraussetzungen Verhaftungen zu Schießereien, bei denen es auf beiden Seiten Verluste gab. Für die Wucht der Angriffe spricht, daß die Kaserne durch eingedrungen worden ist.

Diese Vorgänge haben der Regierung Veranlassung, in der Nacht zum Mittwoch verschiedene Teile der Landespolizei zur Unterstützung nach Zwickau zu senden.

Obwohl der Dienstag abend zusammengetretene Aktionsausschuß der Sipoorganisation zur Aufnahme der Arbeit am Mittwoch aufgefördert und ein beruhigendes Flugblatt unter der Bevölkerung verteilt hat, ruht am Mittwoch in ganz Zwickau die Arbeit in den meisten Betrieben. Im übrigen herrscht augenblicklich Ruhe in Zwickau. Der Aktionsausschuß hat sich auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung verpflichtet, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Bemerkenswert ist, daß auf zwei Straßen Zugang von bewaffneten Arbeitern nach Zwickau beobachtet worden ist. Im übrigen ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen, von wem die Unruhen ausgegangen sind.

Schwere Ausschreitungen in Chemnitz.

Chemnitz, 4. Juli. In Chemnitz verammelten sich die Teilnehmer am Demonstrationzug am Johannisfriedhof. Von dort aus bewegte sich der Zug durch verschiedene Straßen nach der inneren Stadt. Unterwegs zersetzten kleinere Züge ab, die verschiedene Arbeitstätten durchsuchten. Dabei wurden, laut einem Bericht der „Mitt. Sta.“, mehrere Fabrikleiter aus Kontoren und Wohnungen geholt und zur Beteiligung am Zuge gezwungen. In den Abendstunden zogen verschiedene Trupps in der Stadt umher, die aber schließlich von der Polizei zerstreut wurden. Schwere Ausschreitungen wurden von einer Abteilung der Demonstranten im Christlichen Hospiz, dem Heim des Bergins christlicher junger Männer, verübt. Dort wurde die Türschwelle eingeschlagen und von den eingedrungenen Demonstranten die mannigfachen Zerstörungen ausgeführt; so zertrümmerte man das Telefon, die Laufstange der Treppe und andere Sachen. Mit besonderer Wut wurden die vorhandenen religiösen Einrichtungen zerstört, darunter eine wertvolle Christus-Statue und ein Gemälde Luthers. Religiöse Zeitschriften wurden auf die Straße geworfen, eine Jubiläumstafel zertrümmert. Selbstverständlich wurde im ganzen Hause nichts gefunden, was als ein Gegenstand mit nationalsozialistischer oder monarchistischer Tendenz hätte angeprangert werden können. Gegen 8 Uhr abends gelang es der Polizei, dem Treiben der Eindringlinge ein Ende zu bereiten und die vor dem Hospiz versammelte Menge zu beruhigen. Von den im Hospiz anwesenden Mitarbeitern des Vereins christlicher junger Männer hat ein junger Mann einen schweren Verwundung erlitten.

Das republikanische Schutzgesetz vor dem Reichstag.

Das Gesetz dem Reichsausschuß überwiesen.

Berlin, 5. Juli. (W. T. B.) Der Reichstag beriet heute in erster Lesung den Gesetzesentwurf zum Schutz der Republik in Verbindung mit dem Amnestiegesetz, sowie vier Interpellationen wegen des Fortbestehens der Selbstschutzzorganisationen, antirepublikanischer Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee u. a.

Reichsminister des Innern Dr. Köster führte aus: An die Stelle der ergangenen Verordnung des Reichspräsidenten tritt das Gesetz zum Schutz der Republik. Wir müssen den Mut und die Verantwortung finden, endlich den Kampf gegen die Gefahr zu tun, die die feige Wärbereitschaft entworfen ist. Wir dürfen nicht warten, bis man der Republik den Hals abschneidet. Aber die Einzelheiten kann gerade werden. Abgesehen stehen und fallen wir mit dieser Sanierungsaktion. Weitere Gesetzesentwürfe werden dem Hause noch in dieser Sitzungsperiode zugehen. Es ist aber nötig, daß das Land lebt, und das Land ist in Gefahr. Mäße jeder seine Pflicht tun. (Beifall.)

Abg. Silberstein (Soz.) erklärte, seine Partei sei bereit, alles zum Schutze der Republik zu tun; das Treiben der Rechtsparteien habe im Zustande ungeheuer getrieben. Der Entwurf gehe nicht weit genug; vor allem müsse das Reich die Exekutiv haben; sollte der Reichstag verfallen, so habe er die Dolmetscherebene verloren.

Abg. Dell (Nrk.) führte aus: Nach dieser Reihe abschließlicher politischer Verbände gemäßigter Kreise müssen die nötigen Maßnahmen zum Schutze der Republik ergriffen werden. Das Zentrum ist bereit, sich auf den Boden dieses

Gesetzes zu stellen. Kleine Mittel helfen nichts mehr. Das Zentrum lehnt jedes Ausnahmegesetz ab. Niemandem, der überzeugter Monarchist ist, soll ein Haar gekrümmt werden, solange er seine Ansicht ehrlich vertritt. Wir müssen fest und unerschütterlich auf dem Boden des Rechtes stehen und doch hier aus an das Gesetz herantreten. Für die Ausschussberatungen behalten wir uns die Behandlung der Einzelheiten vor. Schutz der Republik ist für uns Schutz des Reiches und Schutz des Vaterlandes. Auch die Entente möge aus dem Tatsachen die Folgerungen ziehen, daß es notwendig ist, den Frieden Europas zu sichern und uns nicht immer in den Rücken zu fallen.

Abg. Peterien (Dem.): Alle, denen es ernst ist mit dem Wohle des deutschen Volkes, müssen alle Kräfte einbringen, um die Fortentwicklung der demokratischen deutschen Republik zu schützen und zu festigen. Wir sind bereit, für diejenigen strafrechtlichen Mittel an die Hand zu geben, deren sie bedürftig sind. Es handelt sich um notwendige Eingriffe in das Strafrecht, die nach allen Seiten hin angewandt werden können. Wir hoffen auf baldmöglichste Verabschiedung eines dringlichen Gesetzes.

Abg. Dr. Düringer (Deutschnat. Volksp.) ging von der Berechtigung jedes Staates aus, seine Selbstbehaltung zu wahren und anerkannte, daß die Erschütterung der letzten Wochen besondere Maßnahmen erforderlich mache. Die Entdeckung von Organisationen im ganzen Reich, die zwar tatsächlich nur als Mordzentralen bezeichnen könne, und die furchtbare Verbrechen gegen einen hervorragenden deutschen Mann machen ein sofortiges Eingreifen notwendig. Deshalb habe die deutschnationale Fraktion ausdrücklich die Maßnahmen des Reichspräsidenten als berechtigt anerkannt. Zu ihrem größten Befremden habe sie aber dann den Ausspruch des Justizministers zur Kenntnis genommen, daß diese Verordnungen ausschließlich gegen rechts gerichtet sein sollten. Wenn man auch die politische Verblendung und Borniertheit der deutschnationalen Kreise zugeben wolle, müsse man doch fragen, ob es derartige fanatische Elemente nur auf der äußersten Rechten gebe, ob die Regierung nur auf der Rechten Feinde zu sehen vermöge. Auch für die Republik müsse der Satz gelten, daß Gerechtigkeit das erste Gebot für die Regierenden ist. Seine Partei habe sich auf den Boden der Verfassung gestellt und halte es für verfehlt, an der Verfassung viel herumzubastern. Es sei ein unerhörtes Vorgehen, daß das Gesetz dem Reichstag ohne Begründung zugehe. Düringer schloß mit dem Hinweis darauf, daß letzten Endes die moralische Erschütterung in Deutschland und die unverfrorenen Verbrechen zurückzuführen seien auf den Druck des Versäuer Vertrauens.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) begann seine Ausführungen mit scharfen Angriffen gegen die deutschnationalen, von denen er dann auf Bayern überging, in dem die Völkerverorganisationen besonders geschickt würden, und vor dessen Grenze die Reichsregierung noch immer halt mache. Er trat dann besonders für weitestgehende Ausdehnung der Amnestie ein und äußerte starkes Mißtrauen gegen die Einrichtung des Staatsgerichtshofes. Er forderte ein neues Disziplinargesetz, welches die Entfernung monarchistisch gestimmter Beamter ermöglicht. Auch die Reichswehr sei alles wertlos als ein zuverlässiges Instrument, und es sei höchste Zeit, daß endlich ein wirklicher republikanischer Reichswehrminister komme.

Abg. Stresemann (Deutsche Sp.) begann mit der Erklärung grundsätzlicher Bereitschaft zur Mitarbeit an dem Gesetzesentwurf und mit der Anerkennung der Notwendigkeit, Maßnahmen zum Schutze der Verfassung und zum Schutze der verfassungsmäßigen Abzeichen der Republik zu ergreifen. Gegenüber den Beschimpfungen von links trat er für die alte Reichsflagge ein, die als Symbol einer großen Vergangenheit geachtet werden müsse. Ebenfalls oder könne man damit einverstanden sein, wenn die heutige Reichsflagge beschimpft und herabgewürdigt werde. Abg. Stresemann schlug vor, die Bestimmungen des Gesetzes in ihrer Wirkung dadurch zu vertiefen, daß man sie nicht auf die republikanische Staatsform beschränke, wie das der Titel des Gesetzes tut, sondern daß man als ihr Ziel den Schutz der Verfassung kennzeichnete. Die Verfassung gehe weiter als die Staatsform. Es komme letzten Endes nicht darauf an, welcher persönlichen Überzeugung der einzelne sei und welche Staatsform er, wenn ihre Durchführung sich ohne Widerhand erfüllen ließe, für die beste halten möchte. Es komme vielmehr darauf an, wie der einzelne sich zu dem bestehenden Staate stelle. Es komme an auf die Befähigung des Staates. Als verfassungstreu müsse man alle diejenigen anerkennen, die bereit seien, in diesem Staate freiwillig mitzuarbeiten, daß er sich aus seiner Erschütterung und Not wieder aufrichte. Als ein Beispiel für diese Gesinnung glaubte der Redner gerade den ermordeten Außenminister Dr. Rathenau anführen zu dürfen, der nach Ge-